

Bern

Die grüne Hardlinerin

«Ehrlich» und «profund», «dogmatisch» und «militant»: Seit 17 Jahren versucht Franziska Teuscher im Nationalrat, als Grüne der ersten Stunde die Welt zu verbessern. Nun will sie es in der Stadtregierung tun.



Franziska Teuscher vor dem Sattler - für die Grüne ein Beispiel dafür, dass verkehrsberuhigte Quartiere wirtschaftlich Erfolg haben können. Foto: Adrian Moser

Marcello Odermatt
«Militant», «dogmatisch», «besserwisserisch». Im Nationalrat sind die Meinungen über Ratskollegin Franziska Teuscher rasch gemacht, besonders bei den bürgerlichen Gegnern der SVP und der FDP. Doch auch Linke urteilen, wenn auch nur anonym, kritisch. Sie sei, so ein Grüner, «unfähig, Brücken zu bauen», und «beharre auf ihrer Position».

Tatsächlich verkörpert die Berner Nationalrätin jenen Typus Politiker, wie er auch aus der SVP bekannt ist: kompromisslos, oft mit Extrempositionen - ein-

unterbinden. «Als Oppositionspolitikerin muss ich anders politisieren, um wahrgenommen zu werden», sagt sie dazu. Aber ja, räumt sie ein: «Es ist wichtig für mich, meine Politik auf meinen Werten aufzubauen.» Bereits mit Kompromissen in Verhandlungen einzutreten, sei wenig erfolgversprechend. Sie wolle die Lebensqualität erhöhen. Wenn, wie bei der Mittelstrasse in der Länggasse, durch Verkehrsberuhigung die Menschen sich treffen könnten und auch das Gewerbe, wie die alte Sattlerei, davon profitieren könne, brächten grüne Forderungen einen Gewinn für Lebensqualität und Wirtschaft, sagt sie.

Die profunde Verkehrsexpertin

Einig sind sich die Politiker über Franziska Teuscher allerdings auch darin, dass sie eine ehrliche Sachpolitikerin sei: menschlich «offen», «authentisch», «angenehm im Umgang», in der Sache «verlässlich», «profund». Eine Taktiererin mit versteckter Agenda ist Franziska Teuscher nicht. Machtallüren sind ihr fern. Inhaltlich ist sie eine versierte Verkehrs- und Energiepolitikerin, was kaum erstaunt, ist sie doch eine Grüne der ersten Stunde. In den 1980er-Jahren engagierte sich die Biologin und Umweltwis-

senschafterin beruflich für einen stärkeren Auenschutz. Sie war Stadträtin, dann Grossrätin. Seit 1995 ist die 54-Jährige im Nationalrat und dort Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und der wichtigen Verkehrskommission. Den Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) präsidiert sie seit 2003. Mit ihr tritt am 25. November eine Politikerin zu den Gemeindegewählten an, die über die grösste politische Erfahrung und über ein breites Kontaktnetz verfügt.

Die magere Erfolgsbilanz

Trotz der langjährigen Aktivität ist Franziska Teuschers parlamentarische Erfolgsbilanz mager. Als Vertreterin einer Öko-Kleinpartei trug sie zwar früh dazu bei, ökologische Ideen zu lancieren, blieb im bürgerlich dominierten Nationalrat aber zwangsläufig oft chancenlos. Als ihren ersten Erfolg verbucht die verheiratete Mutter zweier Kinder im Teenageralter die Motion, welche sie 1991 als Stadträtin eingereicht hatte mit dem Ziel, das Kinderkrippenangebot in der Stadt Bern zu erhöhen. Als VCS-Präsidentin schaffte sie es auf integrative Weise, die Zerreihsprobe des Verbands zu verhindern. Und in derselben Funktion erreichte sie, dass dank der VCS-

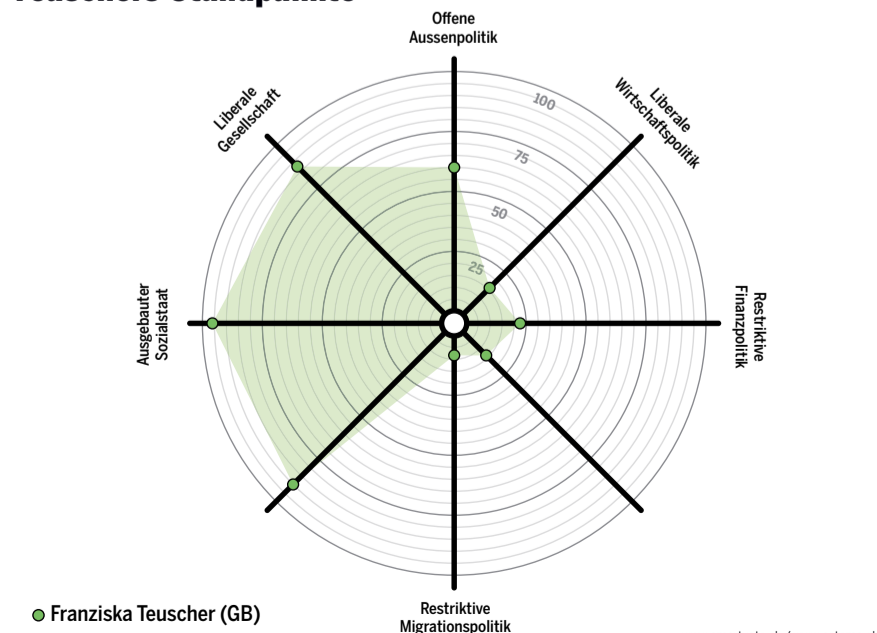
Initiative «für den öffentlichen Verkehr» nun im Ständerat im Rahmen eines Gegenvorschlags über den Ausbau der Bahninfrastruktur diskutiert wird.

Karrieremässig indes ist es Franziska Teuscher auf nationaler Ebene nicht gelungen, stärker Fuss zu fassen. Ihr Versuch, 2008 mit Ueli Leuenberger Co-Präsidentin der Grünen zu werden, scheiterte. Weil sich der Genfer alleine installieren lassen wollte, verzichtete sie auf eine Kampfkandidatur. «um die Partei nicht vor eine Zerreihsprobe zu stellen». 2007 erzielte sie bei den Ständeratswahlen den dritten Platz, ein erstaunlich gutes Resultat im bürgerlich dominierten Kanton Bern. Trotzdem schaffte sie weder 2003 noch 2007 den Wechsel in die prestigeträchtigere kleine Kammer. Franziska Teuscher will das nicht als Misserfolgsbilanz werten - und schon gar nicht als Grund für ihre politische Rückkehr in die Stadt Bern. «Ich messe den Erfolg nicht an einzelnen Vorstössen», sagt sie. «Grüne Politik braucht einen langen Atem.» Vielmehr verfolge sie konsequent ihre Ideen, um dem Ziel möglichst nahe zu kommen. Heute seien viele Forderungen, die sie bereits vor Jahren gestellt habe, mehrheitsfähig.

Die neue Gestalterin

Weshalb will sich die national Profilierte statt mit Verkehrsverlagerung und dem nun mehrheitsfähigen Atomausstieg wieder mit Tempo 30 und Spielplatzbepflanzungen befassen? Dass das GB statt auf den langjährigen Grossrat Blaise Kropf auf ein «Recycling des politischen Personals» setzt, wie es ein Grüner anonym konstatiert, ist offensichtlich und hängt mit der feministischen Basis und Teuschers sicherem Wahlwert zusammen. Doch auch für die Frau mit bisher wenig Gestaltungsmacht ist die Motivation für die rot-grüne Exekutive klar: «Ich möchte meine Politik im Dialog mit der Bevölkerung entwickeln.» Als ehemalige Mitinhaberin eines Planungsbüros und VCS-Präsidentin habe sie Führungserfahrung. Es liegt auf der Hand, dass sie diese lieber in der Verkehrs- als in der Schuldirektion einbringen will. Teuscher gibt sich kollegial: «Das entscheidet der Gemeinderat.» Aber ja: «Ich traue mir sicher zu, mich in das Schuldossier einzuarbeiten, eine Bildungspolitikerin bin ich aber nicht.»

Teuschers Standpunkte



Wahlen Stadt Bern



www.wahlenbern.derbund.ch

fach nur im grünen Bereich. Franziska Teuscher ist eine grüne Hardlinerin.

Die fleissigste Vorstösserin

Ihr vehementes Weibeln für mehr Geld im öffentlichen Verkehr, für eine grifffigere Verlagerungspolitik, für bessere Luft, für die atomfreie Stromerzeugung ist gepaart mit viel Aktivismus. Seit Jahren führt Franziska Teuscher jene Parlamentarier an, die zur Vorstössflut im Nationalrat beitragen. Mitunter reicht sie selbst dann einen Vorstöss ein, wenn der Bundesrat kaum zuständig ist, etwa als sie 2008 Euro-Tickets forderte, die sich Familien leisten können.

Franziska Teuscher will sich für eine gesunde, ökologische, mithin «bessere» Welt einsetzen, eine Welt genau so, wie es die Grüne will. Eine Welt auch, der die Freude am Spass abhandenkommen könnte. Ihre Mittel sind oft Verbote und Gebote. Sie ist für das rigorose Rauchverbot, gegen Offroaders, gegen Weltcup-Langlaufsprünge vor dem Bundeshaus, gegen das Red-Bull-Air-Race in Interlaken; sie verlangt Gesundheitswarnhinweise auf Handys, will eine Pflicht für Solarpanels bei Neubauten einführen, in Städten nur saubere Autos zulassen, unter 18-Jährigen das Bräunen in Solarien verbieten, die Darstellung von übersetzter Geschwindigkeit in der Autowerbung

Anzeige

FDP
Die Liberalen



Christoph Zimmerli, bisher wieder in den Stadtrat

Mache mer s'Beschte drus - zäme für Bern!

Kandidaten-Nr. 12.16.5
www.christophzimmerli.ch

Mad-Wallstreet-Türsteher verurteilt

Zwei Security-Mitarbeiter des Ausgehlokals Mad Wallstreet hätten das Leben eines Gasts gefährdet, befindet das Regionalgericht.

Adrian M. Moser

«Wer so auf jemanden draufknet und ihm dazu an den Hals langt, dem muss bewusst sein, dass er den anderen in Lebensgefahr bringt.» Am Ende wählte Einzelrichter Jürg Christen deutliche Worte. Zuvor hatte er in seiner Urteilsbegründung aber ausgeführt, dass nach wie vor einiges unklar sei: Weshalb gerieten der Türsteher und der Gast am 9. Januar 2010 im Berner Ausgehlokal Mad Wallstreet auf der Grosse Schanze aneinander? Hat der Türsteher den Gast auf dem Vorplatz gewürgt oder ihm «nur» seitlich an den Hals gelangt? Hat der Gast den Türsteher während der Aktion geschlagen und angespuckt?

Trotz der Unklarheiten sieht es Christen als erwiesen an, dass der Türsteher mithilfe eines Kollegen den Gast in akute Lebensgefahr gebracht hat. Entscheidend hierfür ist ein Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin (IRM), das beim Gast Stauungsblutungen an den Augen festgestellt hat.

Die Verteidiger der beiden Angeklagten versuchten dieses in ihren Plädoyers am Donnerstag in Zweifel zu ziehen; die Ärztin, die es erstellt habe, sei damals erst zwei Monate beim IRM und damit zu unerfahren gewesen, um ein Gutachten erstellen zu können, auf das man sich nun stützen könne, argumentierten sie. Dem mochte der Richter nicht folgen: «Ich sehe keine Hinweise, dass an diesem Gutachten irgendetwas nicht stimmen sollte», sagte er gestern.

Schuldig gesprochen hat er auch das Opfer - der Beschimpfung («Nuttensohn», «Arschloch») und der Tätlichkeit. Der Umstände wegen sah er aber von einer Strafe ab.

Fesselung nicht gerechtfertigt

In einem zweiten Vorfall vom 29. November 2009 beurteilte Christen das Verhalten der beiden Türsteher unterschiedlich. Den einen sprach er von beiden Vorwürfen - Angriff und Freiheitsberaubung - frei. Den anderen verurteilte er wegen Freiheitsberaubung, nicht aber wegen Angriffs. Dieser Türsteher habe dem Gast im Lokal Handschellen angelegt, bevor er ihn nach draussen führte. Zudem habe er draussen einen zweiten Gast gefesselt, der sich über die Behandlung des ersten beschwerte. Schon die erste Fesselung sei nicht durch einen Notstand gerechtfertigt gewesen, sagte der Richter. Bei der zweiten sei es noch klarer: Nur weil einer ein «Stürmi» sei, liege es noch lange nicht drin, ihn zu fesseln. Von einer Verurteilung wegen Angriffs sah der Richter ab, weil es nicht erwiesen sei, dass die Verletzungen der beiden Gäste von den Angeklagten stammten.

Christen verurteilte den Haupttäter zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten, bedingt auf zwei Jahre. Den anderen zu einer Geldstrafe von 260 Tagessätzen à 80 Franken (20 800 Franken), ebenfalls bedingt. Dafür werden bei ihm nun zwei kleinere Geldstrafen aus Verkehrsdelikten fällig. Hinzu kommen für beide Verfahrenskosten von mehreren Tausend Franken und eine Genugtuung für das Opfer vom Vorfall von 2009. Ob das Urteil rechtskräftig wird, ist noch nicht klar - weder die Verteidiger noch der Staatsanwalt konnten gestern sagen, ob sie es weiterziehen werden.